

Lernmittelfreiheit | 13.09.2018 | Nr. 307/18

Tobias Loose: Sowohl der Bund als auch das Land haben das Thema Bildungskosten im Fokus

Tobias Loose, bildungspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, äußerte sich heute (13.09.2018) zur Forderung des Kinderschutzbundes und der GEW nach Lernmittelfreiheit:

„Das Bestreben des Kinderschutzbundes und der GEW, sich für mehr Bildungsgerechtigkeit einzusetzen und für die Kinder Lernmittelfreiheit einzufordern, ist durchaus ehrenwert. Allerdings übersehen die Interessenvertretungen, dass es schon jetzt für Problemfälle entsprechende finanzielle Hilfen gibt. Gerade das Land und der Bund haben in jüngster Vergangenheit erhebliche Verbesserungen erreicht. Dazu gehört insbesondere der Ausbau des Ganztagsangebotes und das Programm "Kein Kind ohne Mahlzeit". Hier gibt es Verbesserungen für die Eltern. Genauso hat der Bund im Teilhabepaket Verbesserungen in Angriff genommen. Ebenso wird der Digitalpakt helfen.

Des Weiteren muss Eltern bewusst sein, dass sie selbst auch in die Verantwortung genommen sind, in die Bildung ihrer Kinder zu investieren. Einer pauschalen Vollversorgung erteilen wir eine klare Absage – sie wäre finanziell dauerhaft nicht zu gewährleisten. In Schleswig-Holstein würden Kosten von mindestens 100 Millionen Euro entstehen. Geld, das wir nicht haben.

Es ist falsch zu behaupten, dass sich Politik um dieses wichtige Thema nicht kümmern würde. Auch im Landtag haben wir im Bildungsausschuss mehrfach dieses Thema im Rahmen von Anhörungen behandelt. Bei den Lernmitteln ist die Herausforderung, dass im Wesentlichen die Kommunen - also die Schulträger - in der Pflicht sind. Hier ist das Bild in Schleswig-Holstein ganz unterschiedlich.“